

Juliana Ströbele-Gregor

Kampffeld Religion

Die Präsidenten von Venezuela und Bolivien werden nicht müde, im Zuge ihres sozialistischen Staatsumbaus die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen einzufordern. Ein zentrales Konfliktfeld ist hierbei die Religion. Unsere Autorin, die sich in ihren Arbeiten u.a. intensiv mit der protestantischen evangelikalen und fundamentalistischen Missionierung befasst, skizziert einige Spannungsfelder zwischen den Glaubenssystemen in Lateinamerika und konstatiert: In der Praxis treten zum Teil die Trennlinien weniger deutlich hervor.

Empört reagierten indigene Organisationen, als der deutsche Papst Benedikt anlässlich seiner ersten Lateinamerikareise im Mai 2007 in Brasilien, statt um Vergeltung für die grausame Geschichte der Christianisierung des Kontinents zu bitten, behauptete, das Christentum sei den Urvölkern nicht auferlegt worden. Vielmehr sei Christus der Retter gewesen, den sich die Indianer im Stillen herbeigewünscht hätten. Das Wiederaufleben vorkolumbischer Religionen bezeichnete der Papst als Rückschritt (HAMBURGER ABENDBLATT, 16. Mai 2007).

Seit die ersten katholischen Patres an der Seite der spanischen Eroberer den einheimischen Völkern des »neuen« Kontinents das Evangelium mit dem Schwert verkündeten, gilt Lateinamerika als katholischer Kontinent. Über Jahrhunderte waren Herrschaft und katholische Kirche aufs Engste verknüpft. Während der Kolonialzeit wurden indigene Glaubensvorstellungen und Praktiken systematisch verfolgt.

Die republikanischen Verfassungen nach der Unabhängigkeit erklärten den Katholizismus zur Staatsreligion. Kein staatlicher Würdenträger oder Militär verzichtete zu gebotenem Anlass auf den Segen der Kirche. Widerstand gegen die Kolonialherren war stets verbunden mit der Verteidigung oder Re-Konstruktion autochthoner Religionen – die allerdings in den Zentren der Kolonialherrschaft zunehmend mit christlichen Formen und In-

halten durchgesetzt waren. Die Manifestierung eigener Kultur und religiöser Praktiken sowie die Revitalisierung von »Traditionen« war stets Ausdruck indigener Identität.

In der Gegenwart sind dies wesentliche Instrumente zur Einforderung indigener Rechte. Die »linken« Präsidenten, Chávez in Venezuela und Morales in Bolivien, stehen für die Durchsetzung dieser Rechte.

Dass Religion als Instrument im Kampf um Macht und Herrschaft genutzt und zur sozialen Abgrenzung und Identitätskonstruktion eingesetzt wird, ist bekannt. Dass in jenen Ländern Lateinamerikas, in denen so genannte sozialistische Regierungen in Amt und Würden gewählt wurden, Fragen der Religion zu Konfliktherden werden würden, war damit absehbar. Die alten und neuen Akteure auf diesem Feld lassen sich – schematisch vergrößert – drei Glaubenssystemen zuordnen, die miteinander konkurrieren.

In der Praxis allerdings sind die Trennlinien oft weniger scharf, denn jenseits des politischen Geschäfts sind sie längst – zumindest zeitweise und in einigen Regionen – Zweckbündnisse oder Kooperationen eingegangen – sei es im Kampf von unten, sei es in dem von oben. Gemeint sind der Katholizismus – samt seiner verschiedenen Strömungen; die vielfältigen Formen des evangelikalen Fundamentalismus sowie die indigenen Religionen.

Die Macht der katholischen Kirche scheint ungebrochen

Anlässlich seines Wahlkampfes um die Präsidentschaft in Nicaragua im November 2005 bewirkten der starke Einfluss und die politische Macht der Kirche einen Sinneswandel beim »Sozialisten« Daniel Ortega. Als Reaktion auf die von Kardinal Obando y Bravo entfachte Kampagne zur Verschärfung des Strafrechts gegen Abtreibung und um sich diesmal die Stimmen strenggläubiger Katholiken zu sichern, schwenkte Ortega auf den Kurs des ultrakonservativen Katholizismus um: Zum Entsetzen der Frauenbewegung und zum Nachteil Schwangerer im Kindesalter oder vergewaltigter Frauen wurde nach seiner Wahl nun auch die therapeutische Abtreibung verboten und wird mit Haftstrafen für die Mütter und das ärztliche Personal geahndet.

In Bolivien forderte der indigene Präsident Evo Morales im Rahmen der Ausarbeitung der neuen Verfassung durch die Verfassungsversammlung eine Neudefinition von Kultur und Erziehung sowie die Abschaffung der Privilegien der katholischen Kirche und der besonderen Stellung der katholischen Religion. Sämtliche Parteien stimmten dem Vorschlag zu. Eine von der Regierung einberufene Bildungskommission unter Beteiligung von Gewerkschaften und indigenen Interessenverbänden forderte die Beseitigung des Religionsunterrichtes und ersatzweise ein Schulfach »Ethik«. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit der »Ent-Kolonialisierung der Bildung«. Glaubensüberzeugungen und Sitten der indigenen Völker seien ohne Unterschied der »Rasse, Sprache und Kultur« zu respektieren. Die katholische Kirche reagierte mit einer landesweiten Öffentlichkeitskampagne gegen das Vorhaben. Selbst der Papst intervenierte mit einer Erklärung zugunsten des Religionsunterrichtes. Angesichts des massiven Drucks ruderte der Präsident zurück, bekannte sich zum Katholizismus

und erklärte, es gäbe keine Absicht, das Fach Religion vom Lehrplan zu nehmen. Zugleich forderte er die »Achtung der ursprünglichen Religionen« und das friedliche Nebeneinander beider Glaubensformen. Resultat zäher Verhandlungen im Juli 2006 war ein Vertrag, in dem die Regierung den Forderungen der Kirche weitgehend nachgab: In den katholischen Schulen bleibt christliche Religionslehre Unterrichtsfach; in den – zahlreichen – unter katholischer Leitung stehenden staatlichen Schulen darf sich der Unterricht an katholischen Glaubensgrundsätzen orientieren. Der Staat finanziert die Religionslehrer. An staatlichen Schulen soll es Wahlfreiheit zwischen christlichem oder religionsgeschichtlichem Unterricht geben. Die Regierung konnte sich mit dem Grundsatz durchsetzen, dass die Schulen »weltliche Bildung« und die Respektierung der »Spiritualität der Kulturen« ohne »jede Form von Dogmatismus« zu vermitteln haben. Die Spannung zwischen katholischer Kirche und Regierung ist damit nicht aus der Welt. Bleibt nachzutragen: Mit Verweis auf die Menschenrechte fordern evangelische Religionsgemeinschaften Gleichbehandlung.

Die katholische Kirche in Lateinamerika ist allerdings kein monolithischer Block. In der Tradition des streitbaren Bischofs Las Casas, der im 16. Jahrhundert gegen die gewaltsame Evangelisierung und für fundamentale Rechte der »Indios« eintrat, stehen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Anhänger der »Theologie der Befreiung« mit ihrem sozialen Engagement für die Armen und die indigene Bevölkerung. Bis zum massiven Vorgehen des Vatikans gegen namhafte Repräsentanten war die Befreiungstheologie »eine stark praxisbezogene, auf soziale und ökonomische Veränderung zielende spirituelle Volksbewegung« (Norbert Ahrens). US-amerikanische Regierungsideologen der 80er Jahre diffamierten sie allerdings als kommunistische Tarnorganisation.

Nicht zuletzt dem Wirken von Reformkräften in der Kirche ist es zu verdanken, dass diese auch bei den benachteiligten Gesellschaftsschichten großen Respekt genießt. Seit Jahren weisen Umfragen in Bolivien die katholische Kirche als jene Institution aus, die sich des größten Vertrauens erfreut. Bei Konfrontationen zwischen sozialen Bewegungen und Regierung wird sie stets als Vermittlerin angerufen. In Ecuador unterstützen Kirchengemeinden und Teile des Klerus seit Jahrzehnten soziale und indigene Bewegungen bei ihren Forderungen gegenüber dem Staat. In Zentralamerika nahmen zahlreiche Priester am Widerstand gegen die Diktaturen teil und ließen dabei ihr Leben; in Guatemala und El Salvador engagieren sich hohe Kleriker für die Menschenrechte; die erzbischöfliche Wahrheitskommission in Guatemala untersuchte die Menschenrechtsverbrechen während des Krieges und leistet Versöhnungsarbeit. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Auch wenn aufgrund der Personalpolitik des Vatikans der höhere Klerus nun überwiegend konservativ ist und es um die Theologie der Befreiung still wurde, »lebt ihr emanzipatorischer Ansatz weiter«. Basisgemeinden zeugen davon. Es war nicht nur politische Taktik, als Evo Morales sich zum Katholizismus bekannte. Das Zusammengehen von Reformkatholiken, Linken und indigener Bewegung in Zeiten des Kampfes um Demokratie und Menschenrechte ist Teil nicht nur der bolivianischen Geschichte.

Evangelikale Fundamentalisten – konservative Modernisierer

Stärkste Konkurrenten der katholischen Kirche sind die protestantisch-fundamentalistischen Religionsgemeinschaften. Über 10 % der Einwohner Lateinamerikas sollen Anhänger der über 300 Denominationen sein. Ursprünglich kamen die Missionare vorwiegend aus Nordamerika, aber längst hat eine »Lateinamerikanisie-

« eingesetzt. Verallgemeinernde Urteile sind nur eingeschränkt möglich, denn trotz gemeinsamer religiöser Grundsätze sind die Unterschiede der Glaubensgemeinschaften erheblich. Etwa ihre Glaubenspraktiken oder gesellschaftspolitischen Positionen. Während einige Weltabgewandtheit predigen, sind andere politisch aktiv. Wegen ihrer Kontakte in die USA und eines verbreiteten *Law and Order*-Denkens verdächtigten die Linken sie in den 80er Jahren der Zusammenarbeit mit der CIA, um emanzipatorische Organisationen zu unterminieren.

Gemeinsame Alltagserfahrungen in Gemeinden oder Gewerkschaften und ein Wandel bei politischen Haltungen in einigen evangelikalen Gemeinschaften haben in den letzten Jahren bei Außenstehenden zu differenzierteren Meinungen geführt und Spannungen zwischen Linken und Evangelikalen erkennbar verkleinert. So erhielt Lula in Brasilien bereits bei seinem Wahlkampf 1989 erhebliche Stimmenanteile aus den Pfingstkirchen.

Auch die soziale Zusammensetzung der Anhängerschaft hat sich ausdifferenziert. Zunächst erfolgte die Missionierung vorwiegend bei den Armen und der rassistisch diskriminierten und ausgegrenzten indianischen und schwarzen Landbevölkerung. Für sie liegt die Attraktivität der Evangelikalen in dem intensiven spirituellen Leben, der millenaristischen Glaubenslehre, den Handlungsorientierungen für das Familienleben und die Lebensplanung, den stabilen sozialen Netzwerken und Bildungsangeboten. – Seit den 80er Jahren verstärkte sich auch der Zugang aus den Mittelschichten. Hier sind u.a. jene Religionsgruppen erfolgreich, die fit für eine neoliberale Wirtschaftspolitik machen und Gesetz und Ordnung preisen: die Neo-Pfingstkirchen in Zentralamerika zum Beispiel, die Reichtum als Gottessegnen und Armut als Gottesstrafe für begangene Sünden verstehen. Politisch stehen sie autoritären Führungsstilen nahe.

Zu den Instrumenten der politischen Auseinandersetzung im Kontext »sozialistischer« Regierungen gehört, wie sich zeigt, die Religion. Jedoch einheitliche Linien sind kaum auszumachen. Schon gar nicht beim Verhältnis zu ultrakonservativen Positionen der katholischen Kirchen.

Auch bei der praktischen Anerkennung indigener Religionen gibt es wenig Gemeinsamkeit. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet legt sich zwar bei Frauen- und Familienfragen mit dem konservativen Klerus an, aber indigene Rechte sind für sie kein Thema. Und Brasilien? Seit langer Zeit schon ist religiöser Pluralismus gesellschaftlich anerkannter

Teil der Kultur – keine Herausforderung also für Präsident Lula. Allerdings – wo Kirchenleute soziale Bewegungen unterstützen, beispielsweise die Bewegung der Landlosen oder die Organisationen indigener Völker Amazoniens, und wirtschaftliche Interessen tangiert werden, bestehen die Konflikte fort. Hier aber ist nicht die Religion das Kampffeld.



Juliana Ströbele-Gregor ist Altamerikanistin, Ethnologin und Pädagogin und arbeitet u.a. als Dozentin am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. jstroebelregor@gmx.net

Bert Hoffmann

Kuba und der »Sozialismus des 20. Jahrhunderts«

Hugo Chávez hat das Ziel seiner »Bolivarischen Revolution« als »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« bezeichnet, nicht zuletzt um ihn vom Scheitern der Breschnews, Honeckers und Ceaucescus abzugrenzen. Aber wo bleibt dabei Kubas Sozialismus, den Fidel Castro immerhin schon 1961 offiziell ausrief? Ein Lagebericht über ein Land in der »Zwischenzeit«.

Offiziell könnte die Verbindung zwischen beiden Ländern nicht inniger sein: Hugo Chávez ist spätestens seit seinen Besuchen am Krankenbett Fidels als dessen historischer Erbe inthronisiert und Venezuelas großzügig sprudelnde Ölmilliarden beschere Kubas Wirtschaft eine dringend benötigte Finanzhilfe.

Gleichzeitig jedoch erlebt das sozialistische Kuba eine eigenwillige Zwischenzeit: halb noch in der Ära Fidel Castros, halb schon danach. Die Regierung in Havanna kann es als großen Erfolg verbuchen, dass im Lande alles ruhig geblieben ist, seit vor bald anderthalb Jahren, im Sommer 2006, sich Fidel einer Notoperation unterziehen musste und seine Ämter an der Spitze von Staat, Partei und Armee an Bruder Raúl

übergab – vorübergehend, wie es offiziell noch immer heißt. Seitdem hat Fidel nicht ein einziges Mal öffentlich gesprochen, nicht die olivgrüne Uniform getragen, nicht eine Sitzung der Partei geleitet. Dennoch bleibt das politische Leben Kubas fest in seinem Schatten. Was immer Fidel an »Reflektionen« diktiert, erscheint in der Parteizeitung GRANMA. Unlängst erklärte Fidel dort, am 11. September sei kein Flugzeug, sondern eine Rakete ins PENTAGON gestürzt. Kein Redakteur darf korrigierend eingreifen.

Fidel Castro hat Kuba seit mehr als viereinhalb Jahrzehnten geführt, länger als es die DDR überhaupt gab. Wo Politiker im Exil und den USA für den »Tag X« den sofortigen Kollaps des Systems heraufbe-